

von Kohle und Stahl zwischen dem Westen und dem Osten Deutschlands von seiten der Bonner Regierung nur im Einverständnis mit der Hohen Behörde geregelt werden wird.

Zur Tarnung des nationalen Verrats, der die Unterschrift Adenauers unter den Schumanplan ist, wurde zwischen ihm und dem französischen Außenminister Schuman ein Briefwechsel arrangiert, in dem die französische Regierung zwar den „gegenseitigen Status der Saar“ als Legitimation ihres Auftretens für die deutsche Saarbevölkerung nimmt, aber den endgültigen Status der Regelung durch einen Friedensvertrag oder einen ähnlichen Vertrag vorbehält. Die Briefe tragen das Datum des 18. April 1951. Am 21. Mai 1951 forderte derselbe Außenminister Schuman von dem sog. saarländischen Ministerpräsidenten Hoffmann das tatsächlich alsbald ausgesprochene Verbot der Demokratischen Partei des Saarlandes, da diese sich dagegen wende, „daß das saarländische Volk seine Zukunft auf den wirtschaftlichen Anschluß und auf die Zoll- und Währungsunion zwischen dem Saarland und der französischen Republik gründet, wovon sich die politische Unabhängigkeit der Saar Deutschland gegenüber herleitet“. Auch hier also lediglich formelle Zugeständnisse an die deutschen Patrioten ohne Aufgabe der materiellen Verletzung des Potsdamer Abkommens, die der gegenwärtige Status bedeutet! Gleichzeitig offenbart sich auch hierin die Unmöglichkeit, die Widersprüche zwischen den imperialistischen Staaten im Wege eines Abkommens dieser Mächte zu beseitigen. Das ist genau so unmöglich wie eine „gerechte“ Ausgleichung ihrer ökonomischen Gegensätze, die aus dem ungleichmäßigen Wachstum ihrer ökonomischen Entwicklung folgen. Es ist ja kein Zufall, daß England, heute noch der größte Kohle- und Stahlproduzent des kapitalistischen Europa¹⁰⁾, in die Montanunion nicht einbezogen wurde und daß der Einfluß, den England innerhalb der Ruhrbehörde besaß, nach den Plänen der USA durch Auflösung dieser Behörde beseitigt werden soll.

Lenin erklärte bereits 1915 in seinem berühmten Aufsatz „Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa“¹¹⁾: „Natürlich sind zeitweilige Abkommen zwischen den Kapitalisten und zwischen den Mächten möglich. In diesem Sinne sind auch die Vereinigten

10) Vgl. hierzu Winzer a. a. O. S. 674.

11) L e n i n , *Ausgew. Werke, Band I, S. 762.*

Staaten möglich als Übereinkommen der europäischen Kapitalisten ... worüber? Lediglich darüber, mit vereinigten Kräften den Sozialismus in Europa zu unterdrücken ...“ „Die Schaffung der Montanunion“, sagt unser Weißbuch¹²⁾, „ist der wichtigste Schritt auf dem Wege der Vorbereitung eines dritten Weltkrieges.“ Es ist kein Zweifel, daß die Spitze dieser Kriegstreiber sich gegen den Sozialismus in Europa richtet, gegen die sozialistische Sowjetunion, gegen die Länder der Volksdemokratie, die Staaten von sozialistischem Typus sind, und freilich auch gegen unsere Deutsche Demokratische Republik, die — ohne ein sozialistischer Staat zu sein — an der Seite der Mächte des Weltfriedenslagers gegen die imperialistischen Kriegsbrandstifter kämpft.

Weiter sagte Lenin¹³⁾ 1915: „Vereinigte Staaten von Europa sind unter kapitalistischen Verhältnissen gleichbedeutend mit Übereinkommen über die Teilung der Kolonien.“ In der Erklärung des französischen Außenministers Schuman vom 9. Mai 1950 heißt es: „Europa wird dann mit vermehrten Mitteln die Verwirklichung seiner wesentlichsten Aufgaben verfolgen können: die Entwicklung des afrikanischen Erdteils.“ Das heißt: der Schumanplan ist u. a. ein Instrument verschärfter kolonialer Unterdrückung, die eine gesetzmäßige Erscheinung in der rasch fortschreitenden allgemeinen Krise des Kapitalismus ist¹⁴⁾.

Eine erste Durchsicht des zur Realisierung des Schumanplans ausgearbeiteten Vertragswerkes zeigt in den organisatorischen Bestimmungen, in den materiellen Regelungen wie auch in der Zielsetzung, daß es sich hier in der Tat um den wichtigsten Akt der diplomatischen Vorbereitung eines neuen Weltkrieges handelt, daß dies politisch „die unbeschränkte Herrschaft des USA-Monopols gemeinsam mit den westdeutschen Konzernherren gegenüber den westdeutschen Staatsorganen“¹⁵⁾ bedeutet und rechtlich sich ausdrückt in dem Kampf um die Beseitigung der staatlichen nationalen Souveränität zugunsten der Souveränität antinationaler Monopole.

12) Weißbuch S. 55.

13) L e n i n a. a. O. S. 752.

14) vgl. L e n i n , „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“, *Ausgew. Werke, Band I, S. 867.*

15) Walter Ulbricht, Rede auf der 6. Tagung des ZK der SED am 13. Juni 1951, abgedruckt in „Neues Deutschland“ vom 17. Juni 1951 (Nr. 137) S. 3.

Einige Fragen des Völkerrechts im Licht der Arbeit J. W. Stalins „Der Marxismus und die Fragen der Sprachwissenschaft“*)

Von Dr. jur. F. I. K o s h e w n i k o w

I

Die geniale Arbeit J. W. Stalins „Der Marxismus und die Fragen der Sprachwissenschaft“ stellt einen neuen, hervorragenden Beitrag zum Wissensborn des Marxismus-Leninismus dar.

Die außerordentliche Bedeutung dieser Arbeit besteht vor allem darin, daß sie eine völlige Umwälzung in der sowjetischen Sprachwissenschaft herbeiführte. Der große Stalin schuf für die sowjetische Sprachwissenschaft eine abgeschlossene theoretische Grundlage, bestimmte das Programm des Aufbaus dieser Wissenschaft und führte sie aus dem Zustand der Krise hinaus. J. W. Stalin zeigte genial auf, worin die Besonderheit der Sprache als eines vom ganzen Volke und für die ganze Gesellschaft geschaffenen Mittels des Umgangs besteht, worin die Gesetzmäßigkeit der Entstehung und Entwicklung jeder einzelnen Nationalsprache liegt, usf.

Jedoch geht die Bedeutung dieser Arbeit von J. W. Stalin weit über den Rahmen der Sprachwissenschaft hinaus. Stalin hat damit für das ganze vielseitige sowjetische wissenschaftliche Denken weite Räume für die Lösung der vor unserem Staat und unserem Volk stehenden grandiosen Aufgaben erschlossen.

Denn der richtunggebende Hinweis Stalins, daß keine Wissenschaft sich ohne Kampf der Meinungen, ohne Freiheit der Kritik, ohne entschlossene und kühne Ablösung veralteter Formeln und Schlußfolgerungen entwickeln und entfalten kann, ist für die gesamte sowjetische Wissenschaft von ungeheurer Bedeutung.

Von besonders großer methodologischer und erkenntnistheoretischer Bedeutung für die weitere theoretische Ausarbeitung allgemeiner und konkreter Probleme der sowjetischen Wissenschaft vom Staat und Recht sind vor allem die genialen Hinweise Stalins über die Basis und den Überbau, welche die Thesen des Marxismus entwickeln und präzisieren.

J. W. Stalin gibt eine klassische Definition der Basis und des Überbaus und löst auf die einzig richtige Weise die Frage ihrer Wechselbeziehungen und Wechselwirkungen.

J. W. Stalin definiert die Basis als „die ökonomische Struktur der Gesellschaft in der gegebenen Etappe ihrer Entwicklung“¹⁾ und den Überbau als „die politischen, juristischen, religiösen, künstlerischen, philosophischen Anschauungen der Gesellschaft und die ihnen entsprechenden politischen, juristischen und anderen Institutionen“²⁾.

1) J. W. Stalin, „Der Marxismus und die Fragen der Sprachwissenschaft“, Dietz-Verlag, Berlin, 1951, S. 4.

2) ebenda.

*) Veröffentlicht in „Sowjetstaat und Recht“, 1951, Heft 6, S. 25-36.